

---

## FORUM: Sozialismus-Debatte

---

### Harry Pross: Der Sozialismus wird überleben

---

Prof. Dr. Harry Pross, geb. 1923 in Karlsruhe, ist em. Professor für Publizistik der Freien Universität Berlin.

#### I.

Oft ist heute vom „Ende des Sozialismus“ die Rede. Bilder gestürzter Denkmäler Stalins und Lenins illustrieren das gedruckte Wort: „Konkursabwicklung unterm Bild von Marx“, „Cuba: Liebäugeln mit dem historischen Untergang“, „Der Marxismus hat eine gewaltige Niederlage erlitten“, „Ende des Kommunismus - und was nun?“. Die Zeitungen sind voll davon. Die Reformbewegungen im sowjetischen Machtbereich geben täglich neue Anlässe, den Faden fortzuspinnen.

Sieht man dann genauer hin, stellt sich sehr schnell heraus, daß die Begriffe Sozialismus und Kommunismus ungenau sind. Sie werden für ganz verschiedene Sachverhalte gebraucht. Für den einen ist „Sozialismus“ staatliche Planwirtschaft unter kommunistischer Parteidiktatur. Der andere hält sich an die katholische Soziallehre. Dann ist Sozialismus eine materialistische Philosophie bedenkenloser Unterordnung des Menschen unter die Sachnotwendigkeiten rationalster Gütererzeugung und mit dem Glauben unvereinbar. Für einen dritten Autor ist er eine Utopie, die scheitern muß, weil sie Unmögliches verlangt: eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Groß ist die Zahl der Kritiker, die das „Ende des Sozialismus“ in der Unfähigkeit seiner Politiker und Manager begründet sehen - eine Sichtweise, die zugleich die eigene Voitrefflichkeit untermauert: Uns kann das nicht passieren, was in Rußland seit 1917, in seinen Satellitenstaaten nach 1945 geschehen ist. Wir sind einfach besser.

Die Ungenauigkeit der Begriffe Sozialismus und Kommunismus erschwert die Diskussion; aber sie gehört auch zur Sache, seitdem im 18./19. Jahrhundert die ebenso ungenauen Begriffe Kapitalismus, Liberalismus, Demokratie an öffentlicher Bedeutung gewannen. Der Kultursoziologe Alfred Weber sprach in ihrem Zusammenhang von „Sozialreligionen“. Er meinte damit, daß Wertvorstellungen der Religionen ins Weltliche herabgezogen und zugleich wieder politisch „geheiligt“ werden. Das trägt dann auch den Kampf zwischen Gläubigen und Ungläubigen mit allen seinen schrecklichen Folgen in die Gemeinwesen. Tatsächlich haben Bewegungen wie das Alldeschtum, der Hitlerismus und der Stalinismus die Unduldsamkeit zum Prinzip erhoben - und sind am Ende auch daran gescheitert, weil sich alle Welt gegen dieses Prinzip wandte.

Die Ursprünge von sozialen Bewegungen liegen in zeitbedingten Mißständen des Zusammenlebens: Soziale Bewegungen erheben sich gegen erstarrte Systeme. Der Kapitalismus kam gegen die Feudalwirtschaft hoch, der Liberalismus gegen die Unfreiheit, der Demokratismus gegen den Monarchismus und der Nationalismus eint gegen Fremdherrschaft.

Der Sozialismus wollte im frühen 19. Jahrhundert gegen die Monopolstellung der wenigen Kapitalisten der Mehrheit der arbeitenden Menschen Gerechtigkeit verschaffen. Deshalb organisierte er die genossenschaftliche Produktion und verteufelte das Privateigentum: „Eigentum ist Diebstahl“ behauptete der französische Anarchist Proudhon. Karl Marx hatte dann unter dem Eindruck Hegels die wenig glückliche Idee, die soziale Ungerechtigkeit werde mit naturgesetzlicher Notwendigkeit als Ergebnis eines historischen Entwicklungsprozesses aufgehoben. Die Fortschritte der Mechanik im 18. Jahrhundert und die industriellen Entwicklungen im Zeitalter der Dampfmaschinen legten eine Art Naturgeschichte der Gesellschaft nahe. Sie sollte in einer Harmonie enden, die in der Realität fehlte. Durch die Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum werde die sozialistische „klassenlose Gesellschaft“ erreicht. Das war viel versprochen und fand deshalb auch viele Anhänger. „Harmonie“ war ein Schlüsselwort der Epoche auf allen Gebieten. Wer sie störte oder gar leugnete, wurde mit Unduldsamkeit „bestraft“. Deshalb kam mit Marxens apokalyptischer Verheißung jener Zug von Gehässigkeit und Verketzerung in das sozialistische Getriebe, der es immer wieder stoppt und flexible Antworten auf neue Herausforderungen erschwert. Dogmatismus lähmt das Denken, wo immer er herrscht.

## II.

Anfang Dezember 1989 veranstaltete „Die Zeit“ ein Symposium zur neuen Lage in Osteuropa. Der amerikanische Professor Daniel Bell sagte, er sei in Wirtschaftsfragen Sozialist, in der Politik Liberaler und in der Kultur ein Konservativer: „Um einen bestimmten Lebensstandard und auch Menschenwürde zu ermöglichen, gehen die Forderungen der Gemeinschaften den Einzelforderungen der Individuen voran - deshalb Sozialismus in der Wirtschaft. Aber ich glaube auch an die Leistungsgesellschaft, an das Leistungserfordernis in einer Gesellschaft. Die Stellung in der Gesellschaft sollte von der persönlichen Leistung des einzelnen abhängen - deshalb bin ich in der Politik ein Liberaler. Und ich bin in der Kultur konservativ, weil ich an Traditionen glaube... Ich wehre mich also gegen die Verwendung eines einzigen Begriffes - Kapitalismus oder Sozialismus - für alle Dimensionen der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist multidimensional.“

Diese Aussage läßt sich vielfach variieren: Man kann in der Kultur Sozialist sein - es gab ganze Fraktionen von Kultursozialisten und religiösen Sozialisten. Man kann den Lebensstandard als Liberaler fördern wollen, und man kann in der Wirtschaft konservative Methoden gegenüber dem computeri-

sierten Ablauf bevorzugen - was zum Beispiel traditionalistische Kommunisten in der Sowjetunion gegen die Reformer vertreten. Und auch den kommunistischen Regimen mit ihren Helden der Arbeit und den hohen Ausgaben für Spitzensportler war das Leistungserfordernis nicht fremd. Mit anderen Worten: Weil die Gesellschaft sich in viele Richtungen erstreckt, reicht keiner der Sammelbegriffe Liberalismus, Kapitalismus, Sozialismus für alle Dimensionen aus. Das ist für die Zukunft wichtig.

Akzeptieren wir die Unterscheidungen Politik, Wirtschaft, Kultur, läßt sich nicht bestreiten, daß der Sozialismus in allen drei Sektoren in den letzten hundert Jahren große Fortschritte gemacht hat. Vor einem Jahrhundert gingen französische Arbeiter als erste auf die Straße, um ihren Mai zu feiern. Inzwischen hat der Maifeiertag seine sozialistische Besonderheit verloren. Es ist ein allgemeiner Feiertag geworden, den die Arbeiter und Angestellten weitgehend nach ihrem Belieben verbringen. Die Tradition der Arbeiterklasse löst sich im allgemeinen Brauch auf. Das geschieht, weil Gewerkschaften und die Parteien dieser Klasse ihre Forderungen gegen das Kapital durchgesetzt haben. Es war ein Jahrhundertweg vom Kampf um die Sonntagsruhe bis zu den tariflich vereinbarten 30 Urlaubstagen der Industriearbeiter von 1990. Aber es ist nicht im entferntesten daran zu denken, daß eine sozialistisch orientierte Tarif politik enden könnte, solange Kapital und Arbeit die Wirtschaft bestimmen, und wie bisher wird dieser Weg mit Kompromissen gepflastert sein und nicht ins Schlaraffenland führen.

Gorbatschows Perestrojka und die Abkehr vom Stehschritt-Sozialismus in Osteuropa tendieren zum Revisionismus, zu einer praktischeren Sozialpolitik also. Vereinfacht kann man sagen: Die Kommunisten, die seit dem Ersten Weltkrieg sich von der Sozialdemokratie getrennt haben, schwenken auf sozialdemokratische Positionen ein. Das schließt jeglichen Monopolanspruch aus. Die Revisionisten in der Sozialdemokratie orientierten sich vor hundert Jahren eher an Kants Vernunftkritik, als an den Endzeitvorstellungen von Hegel und Marx. Sie kamen dem herrschenden System entgegen, indem sie kleine Verbesserungen großen Verheißungen vorzogen. So ist über Jahrzehnte auf dem Weg parlamentarischer Kompromisse, auch vieler fauler Kompromisse, sozialistisches Gedankengut in die allgemeine Gesetzgebung eingegangen. Diese Kleinarbeit macht wenig Aufsehen und wird oft unterschätzt. Für die Freunde des großen weltrevolutionären Entwurfs ist sie ganz unzulänglich. Auch besteht kein Zweifel darüber, daß der momentan erreichbare Vorteil nicht immer dem sozialistischen Fernziel dient. Die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten 1914 war sogar ein welthistorischer Fehler.

Dennoch ist aus dem parlamentarischen Geschäft für die Zukunft zu lernen. Der Sozialismus hat seine wirtschaftliche Laufbahn als Gegenspieler des Kapitalismus begonnen und wird sie als solcher weitergehen müssen. Als politische Bewegung gingen ihm die Freiheitsforderungen des bürgerlichen Liberalismus voraus: Meinungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Pressefreiheit wurden von

liberalen Sonderforderungen zu allgemeinen Gesetzen. Und weil Gesetze nur rechtens sind, wenn sie gleiches Recht für alle setzen, konnten sie auf die Dauer der Arbeiterklasse nicht vorenthalten werden. Deren politische Organisationen konnten sie dann gegen die bürgerlichen Parteien einsetzen.

Der Sozialismus befindet sich dem Liberalismus gegenüber in einem Zwiespalt: er benötigt die Libertären, auf Menschenrecht und Gerechtigkeit drängenden Kräfte als Verbündete, um die liberalen Verfechter der kapitalistischen Klassengesellschaft aus der Gesetzgebung möglichst herauszuhalten. Der Zwiespalt schließt sich im sozialistischen Bekenntnis zur Demokratie: der Sozialismus ist immer für die Mehrheit, der Liberalismus im Zweifelsfall eher für den einzelnen. Der politische Kompromiß zwischen den beiden „Sozialreligionen“ Sozialismus und Liberalismus wirkt in der Form der mehrheitlich verabschiedeten Gesetze auf die ökonomischen Verhältnisse zurück, die ihn hervorgebracht haben. Anders wird es auch in Zukunft nicht gehen können.

Damit sind wir, nach Wirtschaft und Politik, bei den Einflüssen des Sozialismus auf die Kultur der letzten hundert Jahre. 1890 eröffnete in Berlin die „Freie Volksbühne“. Sie war als Verein organisiert, um in geschlossenen Vorstellungen die „sozialistische Weltanschauung von der Bühne herab zu verbreiten“. Bald zählte der Verein 4000 Mitglieder. Man begann mit Ibsens „Stützen der Gesellschaft“, spielte Hebbels „Maria Magdalena“, Sudermanns „Ehre“, wiederum Ibsen, Gerhart Hauptmann, Gogols „Revisor“, Goethes „Egmont“, Schillers „Kabale und Liebe“ bis 1895 die Zensur eingriff. 1896 endete das Experiment. Aber wie in der Wirtschaft und in der Politik gab auch in der Kultur im engeren Sinne die Wechselwirkung zwischen dem Allgemeinen und der sozialistischen Besonderheit den Ausschlag. Die gesellschaftskritischen Stücke in der Literatur und Kunst der Jahrhundertwende stellten den aktuellen Zustand als ungerecht, ausbeuterisch und bedrückend dar. Damit unterstützten sie die sozialistische Forderung nach Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Umgekehrt beeinflusste die Arbeiterbewegung mit ihren Aktivitäten die literarische und künstlerische Produktion. Das Ideelle war eben nicht nur, wie Marx definiert hatte, „das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle“. Es entwickelte Eigenkraft, mit der es ändernd auf seine materiellen Bedingungen einwirkte. Anders ist nicht zu erklären, warum um 1890 überall in den deutschen Großstädten „Volksbibliotheken“ nach englischem Muster, „Volksbildungsvereine“, „Volksbäder“, „Volksheime“, „Volkskaffeehäuser“ gegen den weitverbreiteten Alkoholismus und juristische Auskunftsstellen entstanden, sogenannte „Volksbureaus“. Die Parteipresse und die Zeitschriften parteiunabhängiger Sozialisten erreichten mit etwa 100 Titeln um 1910 freilich nicht im entferntesten die Auflage der 870 konservativen und nationalen Zeitungen und nur ein Fünftel der katholischen Blätter.

Die nicht zu leugnende Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten der arbeitenden Klasse durch Sozialdemokratie, Gewerkschaften und religiöse Vereini-

gungen gegen die Auswüchse der kapitalistischen Klassengesellschaft hat freilich auch dazu beigetragen, dem herrschenden „Kult des Erwerbssinnes“ neue Märkte zu eröffnen. Die Vermarktung der Kultur durch eine abgefeimte „Kulturindustrie“ (Adorno) baut auf der Massenbasis der Lohnabhängigen auf, die Freizeit und Wahrnehmungsfähigkeit mitbringen.

### III.

Daß der Sozialismus am Ende sei, kann ich nicht sehen. Nachdem die kommunistischen Schreckgespenster abgebaut sind und der Kapitalismus in bisher staatswirtschaftlich verfaßte Länder vordringt, ist eher mit Defiziten zu rechnen, die sozialpolitisch kompensiert werden wollen.

Ich gründe diese Vermutungen auf drei Annahmen: *Erstens*: Der Gegensatz „Planwirtschaft - Marktwirtschaft“, der heute für den Zusammenbruch der Sowjetökonomie und den Triumph der westlichen Wirtschaft geltend gemacht wird, entspricht nicht der Realität. Zwar ist die kommunistische Ökonomie tatsächlich eine unfreie nach dem Modell der deutschen Kriegsverwaltungswirtschaft aus dem Ersten Weltkrieg. Lenin importierte sie nach Rußland, als ihn die Deutsche Oberste Heeresleitung in ihrer bekannten Weitsicht 1917 dorthin beförderte. Aber die kapitalistische Wirtschaft von 1990 mag von mancherlei frei sein - frei von Planung ist sie nicht.

Wir leben im Plankapitalismus, der alle Mühe hat, die verschiedensten Interessen der Banken, der Industriekonzerne, der Handelskartelle, der subventionsbedürftigen Landwirtschaft, der Kleinunternehmer, der 90 Prozent Lohnabhängigen und der Politiker in einen Gesamtplan zu bringen. Was wären die Anstrengungen für die Marktordnung von 1993, was die innerdeutschen Umtausch- und wirtschaftlichen Expansionsvorhaben anderes als Planung? Der Staat schafft dabei die gesetzlichen „Rahmenbedingungen“ für die wirtschaftlichen Interessen. Der Fahrplan der Politik folgt dem Kursbuch der Wirtschaft, und wer nicht gewieft ein- und aussteigen kann, kommt unter die Räder.

In solchen ökonomisch-politischen Planungen geht manchem verloren. Dies um so eher, als die elektronische Revolution weniger Personal braucht. Die computergesteuerte Produktion läuft schneller. Ihr Ausstoß an Waren ist größer. Das Einzelprodukt verbilligt sich für den Konsumenten. Andererseits verlangt vermehrte Produktion mehr Werbung: Bedürfnisse müssen geweckt und in kalkulierbaren Bedarf umgesetzt werden. Die Mechanismen der öffentlichen Manipulation greifen von der Wirtschaftswerbung in die Politik über: Wähler sind Konsumenten. Ihr Lebensstandard entscheidet über Wahl und Wiederwahl. Dabei erscheint die von Daniel Bell so hoch gepriesene „persönliche Leistung des einzelnen“ als Funktion des Materiellen. Die Spitzenpolitiker markieren parteiliche Wirtschaftsinteressen der Wähler. Sie werden als „Markenartikel“ gekauft. Das gilt auch dann, wenn Wahlmanipulation die Ergebnisse fälscht. Es ist kaum zu fassen, daß die an Produktionsziffern

fixierten Materialisten des Ostblocks diese Binsenweisheit ignoriert haben: Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland, wußten die alten Römer. Honecker & Co. lernten es nicht, obschon deshalb Hunderttausende ihrem „sozialistischen Vaterland“ entliefen.

„Können Sie sich einen Bundeskanzler Kohl für die DDR vorstellen?“ fragte am Morgen nach der freien Volkskammerwahl ein Radioreporter einen Arbeiter, der zur Schicht ging. Dessen Antwort brachte den ganzen Komplex auf eine klassische Formel: „Ick persönlich dieset wenijer; aber nu hat er die Leute die Knete vasprochen, un nu wollen die Leute die Knete ooch haben...“

Der „Kult des Erwerbssinnes“, den der Kulturhistoriker Jacob Burckhardt 1870 im neuen Deutschen Reich heraufkommen sah, dominiert 1990 Politik, Wirtschaft und Kultur seiner Nachfolgestaaten. „Haste was, biste was!“ lautet seine Moral. Deshalb bleibt die sozialistische Verpflichtung auf das Gemeinwohl in der Minderheit. Aber sie ist eine Minderheit für die Mehrheit und hat insoweit eine demokratische Funktion: Der verplante Konsument empfindet die Befürworter einer am Sozialprinzip orientierten Neuordnung gewöhnlich als lästige Kritiker. Er beginnt erst aufzuhorchen, wenn er in seiner Umwelt unter den bestehenden Verhältnissen zu leiden hat. Dann rührt sich Opposition. Verstehen aber wird der Konsument die sozialistische Kritik erst dann, wenn er begriffen hat, daß er in seiner anderen Eigenschaft als Produzent für eben die Kosten der Planung aufkommen muß, die seine Lebensqualität als Konsument verbessert hat.

Die sozialistische Propaganda wird gut daran tun, dem Doppelwesen Konsument/Produzent die undurchsichtigen Zusammenhänge des Plankapitalismus offenzulegen. Hier ist „Glasnost“ erforderlich, ehe die multinationalen Konzerne, die das Tempo der Planung angeben, die Arbeitsplätze ihrer Zulieferer wegrationalisiert haben, und ehe, wie in Großbritannien, die Zahl der Obdachlosen in die Millionen geht: „Die Halde wird ständig größer. Jede Woche wollen sich 5 000 Familien und Einzelpersonen als ‚obdachlos‘ registrieren lassen. 20 000 Antragsteller pro Monat, 250 000 Antragsteller - fast eine Million Menschen - pro Jahr“ berichtet die Zürcher „Weltwoche“ dieser Tage. Die Zahl der anonymen, nicht erfaßten Obdachlosen geht nach einer Untersuchung an der York-Universität in die Hunderttausende.

Das heißt: In Ländern, wo die sozialistische Korrektur am Plankapitalismus unzulänglich ist, wie in Großbritannien und den USA, sind Schäden entstanden, die erst in Jahren oder Jahrzehnten repariert werden können - nicht rascher als in den Staaten des Ostblocks, wo das liberale Korrektiv fehlte. Sowenig das Schlagwort vom „realexistierenden Sozialismus“ den Sachverhalt traf, weil jener „Sozialismus“ unreal existierte, sowenig gibt die Rede vom „freien Markt“ her. Da brauchen nur einige Polen auf einer Wiese in Westberlin Schnaps und billige Eier zu verkaufen, und schon ist die Freiheit am Ende! Ein Markt ist ein begrenzter Raum mit beschränkten Zugängen und bestimmten Regeln. Das könnte man, wenn man wollte, aus alten Marktord-

nungen und Polizeiakten lernen, und das wird auch in Markteuropa nach 1993 nicht anders sein. „Die Aufgabe des Staates ist, Wirtschaftspolizei, Marktpolizei“ zu sein und darauf zu achten, daß „der freie Lauf des Gewinnstrebens nicht ausferts“. Es war kein Sozialist, der das 1962 zum Thema „Wirtschaftspolitik und Moral“ gesagt hat, sondern einer der Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“, der Soziologe Alexander Rüstow. Europa wird eine kräftige sozialistische Bewegung brauchen, damit die Staaten dieser Aufgabe nachkommen. Arbeitsorganisation, sozialverträgliche Techniken, Interessenausgleich der Beschäftigten, vernetzte Produktion, Umwelt- und Konsumentenschutz sind da nur ein paar Stichwörter.

#### IV.

*Der zweite Grund* für das Überleben des Sozialismus: die Supermächte müssen sich arrangieren. Sie haben sich durch ihr ruinöses Wettrüsten an den Rand des Bankrotts manövriert. Ihre Imperien bröckeln ab. Die Amerikaner können nicht mehr alles und jedes kaufen, die Russen nicht mehr alles und jedes besetzen. Der weltweite Druck läßt nach: demokratische, liberale, sozialistische Eigenkräfte der Völker können wieder freier atmen. Mit der Verständigung entfallen für die Regierungen in Washington und Moskau ihre Vorwände, terroristische Regime in aller Welt unterhalten zu können, die dem Schutz vor der anderen Supermacht dienen sollen. Was haben amerikanisch finanzierte Diktaturen in den letzten 45 Jahren die Idee der Demokratie geschändet, was sowjetisch gelenkte Systeme die Idee des Sozialismus in Mißkredit gebracht!

In Ost und West hat sich ein Nachholbedarf an freiheitlicher Entwicklung angestaut, die nach sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Selbstbestimmung strebt. Beide Ziele sind sozialistische und nicht von heute auf morgen zu erreichen. In vielen dieser Staaten ist Korruption zur lieben Gewohnheit geworden. Man muß mit Rückschlägen rechnen; aber ehe „Dubceks Funke in ganz Osteuropa zünden“ konnte, wie der Marxist Robert Havemann 1969 prognostizierte, mußten sich Amerikaner und Sowjets entkrampfen.

Außendruck ist immer Vorwand für inneren Terror. Der große Krampf des Kalten Krieges hat es auf beiden Seiten bewiesen. Die dadurch bewirkte Festungsmentalität hat alle sozialen Beziehungen mit Mißtrauen getränkt, das „freie Wort“ eingeschränkt und das unabhängige Denken verboten. Ob die Politiker nun so weit kommen, einander mit den Augen der anderen zu sehen, bleibt dahingestellt.

Verständigung aber verträgt sich nicht mit Verteufelung. „Ich erwarte nicht“, schreibt der amerikanische Senator William Fulbright 1989, „daß die Ideologien Rußlands und des Westens bald einträchtig miteinander versöhnt sein werden, und es ist nicht einmal besonders wichtig, daß dies je geschieht. Die Sowjets können ruhig ihre Sicht der Dinge beibehalten, während wir die unsere hegen und pflegen. Worauf es ankommt, ist, daß wir endlich lernen, die

anderen als Menschen zu sehen." Das wäre tatsächlich ein Fortschritt weg von den bisherigen Klischees, die seit über vier Jahrzehnten das politische Denken beherrscht haben. Sie haben verdeckt, daß der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion in erster Linie ein imperialistischer Wettstreit um die erste Rolle in der Weltpolitik war. Die ungeheuren Propagandawalzen, die beide Seiten 1947 sogleich einsetzen konnten, weil sie noch auf Kriegsstärke waren, sind nicht die Ursachen des „Kalten Krieges" gewesen, sondern seine Mittel. Sie haben das unbefangene Urteil in Ost und West eingeebnet und in beiden Lagern Ideologen hervorgebracht, die nicht wußten, wie ihnen geschah.

Daraus erklärt sich nicht nur, daß führende Funktionäre der kommunistischen Parteien sich heute verwundert die Augen reiben, was alles sie nicht gesehen haben. Der Propagandaeffekt der Vormächte ist auch an der Verkettung des Sozialismus im Westen nicht unbeteiligt. „Geh doch rüber!" (in die DDR) war ein oft gehörter Ratschlag für mißliebige „Rote". Was mußten sich Willy Brandt und die Sozialdemokraten für ihre Ostpolitik in den siebziger Jahren sagen lassen, deren Früchte heute die Christdemokraten ernten. Und noch 1990 werden die „unsicheren Kantonisten" diffamiert, die sich mit der Ost-West-Blockierung ihres Denkens und Handelns nicht zufrieden geben wollen und einen „Dritten Weg" aus der Alternative der Blöcke suchen.

Die ungeheuerliche Verführung der Völker zu einem Weltbild, das fanatischen Glauben an die eigene Vortrefflichkeit anstelle von Politik setzte, wird nicht von heute auf morgen ausgewischt sein, nur weil die Propagandaapparate auf Verständigung umgestellt werden und neue Direktiven erhalten. Vorurteile leben länger als ihre Anlässe. Aber wenn hinter den starren ideologischen Masken lebendige Gesichter erkennbar werden, schwindet die Angst, die noch nie ein guter Ratgeber war. Hoffnung kann aufkommen. Sie kann, wie die Volksbewegungen von 1989 gezeigt haben, auch Schutt-Berge versetzen. Je deutlicher der sowjetisch-amerikanische Konflikt sich als traditioneller Kampf großer Mächte um Einflußzonen, Märkte und Verbündete entpuppt, desto mehr wird Europa auf seine eigentliche Bestimmung eines friedlichen, auf Arbeit gegründeten Zusammenlebens verwiesen. Der Früh-Sozialist Saint-Simon forderte schon in der Krise von 1800 eine übernationale Gesamtregierung. Zweihundert Jahre danach erscheint sie möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich.

## V.

Ich habe noch einen *dritten Grund* für meine Vermutung, daß der Sozialismus überleben wird: das ist sein ethisches Programm. Auch in einem „Kult des Erwerbssinnes", wie er heute herrscht, muß es Vorstellungen und Vorschriften geben, was sein *soll*. Auch hier gilt nicht nur, was ist. Selbst für den Privatmann, der nur an sich denkt, bleiben Sein und Sollen unterschiedliche Kategorien, denn er lebt mit anderen, auch wenn er gegen sie lebt.

Der Sozialismus hat aus der biblischen Erbschaft übernommen, daß der Reiche nicht gerecht sein kann. „Wer reich ist, ist ein Ungerechter, oder Erbe eines Ungerechten“ steht in goldenen Lettern an der Markus-Kirche der reichen Stadt Venedig. Eine Mahnung an die Reichen, Gerechtigkeit zu üben? Gerechtigkeit ein Trost für die Armen? Der organisatorische Weg vom „Bund der Geächteten“ über den „Bund der Gerechten“ zum „Bund der Kommunisten“ liegt anderthalb Jahrhunderte zurück. Verglichen mit den hungernden Millionen der „Dritten Welt“ zählen die arbeitenden Klassen der „Ersten Welt“ heute zu den Reichen. Der Stachel sitzt: Was wird aus der Forderung nach Gerechtigkeit unter den Bedingungen fundamentaler Ungleichheit der Menschen verschiedener Kulturen?

Es genügt da nicht, Glaubensbekenntnisse abzugeben oder die Sollensvorschrift von der sozialen Verpflichtung des Eigentums zu zitieren, die in der Weimarer Verfassung wie im Grundgesetz steht. Es genügt überhaupt kein nur ökonomisches Programm, wie die „Entwicklungshilfe“ lange glaubte. Die sozialistische Ethik wird darüber hinausweisen müssen, wie es Alexander Mitscherlich im Aktionsprogramm „Freier Sozialismus“ 1946 charakterisierte: „Frei von dogmatischer Enge, frei für die Bewältigung der aktuellen menschlichen Not.“

Wenn es dem Sozialismus gelingt, seine aktuellen Maßnahmen auf Allgemeingültigkeit hin zu realisieren, hat er eine große Zukunft. Allgemeine Gültigkeit beanspruchen:

1. Der Schutz des natürlichen Lebens überhaupt. Es ist nicht nur durch Kriege und Vernichtungswaffen bedroht, sondern auch durch die alltägliche Praxis von Wissenschaft und Wirtschaft. Hier muß die ethische Sozialpflicht der Eigentümer zum Gegenstand übernationaler Gesetzgebung werden.
2. Die damit im Zusammenhang stehenden Ansprüche der vom Eigentum ausgeschlossenen Armen auf menschenwürdige Lebensbedingungen. Dabei geht es um das ursprüngliche Ziel aller Sozialisten. Die Verelendung der Massen in den südlichen Ländern und die Opfer des industriellen Fortschritts auf der nördlichen Halbkugel zwingen dazu, den Eigentumsgebrauch mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Allgemeinwohls genauer zu regeln.
3. Die Überwindung der mit dem Anwachsen der Menschheit und mit der Verdichtung ihrer Siedlungen an vielen bisher problemlosen Bereichen entstehende übergroße, unverhältnismäßige und nicht-delegierte Macht, deren öffentliche Kontrolle durch Bürgerinitiativen und andere unbürokratische Handlungsgruppen eingeleitet werden muß.

Immanuel Kant hat vor zwei Jahrhunderten geschrieben: „Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben.“ Heute wissen wir, daß menschenwürdige Politik keinen Schritt tun kann ohne Kritik und Selbstkritik.